

670 Hektar Zukunft

Das Konzept zur Ortsteilentwicklung Babenhausen-Dornberg liegt vor

Von Michael Schläger und Hendrik Uffmann

Bielefeld (WB). Lange ist über den Inhalt spekuliert worden, jetzt liegt es vor: Das Konzept zur Ortsteilentwicklung Babenhausen/Dornberg ist gestern in der Bezirksvertretung Dornberg vorgestellt worden.

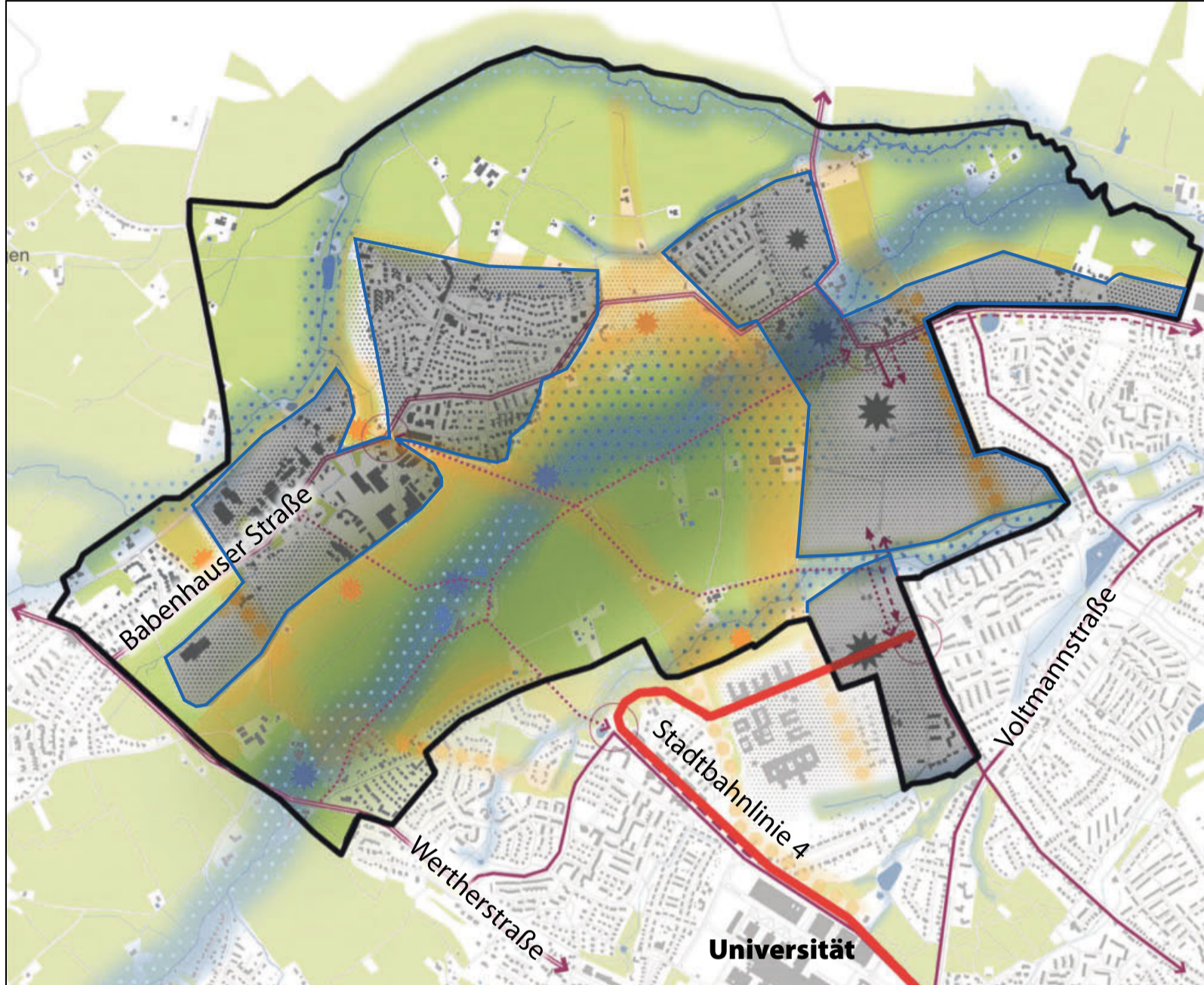
Für einen 670 Hektar großen Bereich, der im Norden vom Schwarzbach begrenzt wird, im Westen von der Wertherstraße, im Süden vom Lohmannshof und Campus Nord sowie im Osten von Babenhausen und Gellershagen, wird aufgezeigt, wie es sich entwickeln könnte.

Die Betonung liegt tatsächlich auf »könnte«, stellte Dornbergs Bezirksbürgermeisterin Frauke Viehmeister (SPD) gestern in einer vorgeschalteten Pressekonferenz klar. Das Konzept, erarbeitet von Experten in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Bezirksvertretung, enthalte Vorschläge und Ideen, und die sollten jetzt zunächst in einem Bürgerdialog noch vor den Sommerferien mit den Anwohnern erörtert werden. »Die Bürger sind schließlich die Vor-Ort-Experten«, so Bodo Temmen vom städtischen Bauamt.

Planungsdezernent Gregor Moss stellte aber auch klar, dass erheblicher Handlungsdruck bestehe. »Bielefelds Bevölkerung wächst, neuer Wohnraum lässt sich nicht allein mit Verdichtung schaffen.« Moss rechnet mit bis zu 10 000 Neubürgern in Bielefeld bis 2020. Die Stadt würde dann mehr als 340 000 Einwohner haben.

Viehmeister, Moss und Temmen traten gleichzeitig der Befürchtung entgegen, das Areal werde zugepflegt. Wohnbebauung könnte sich auf die Bereiche beschränken, wo sie schon heute rechtlich möglich wäre, etwa südlich der Babenhauser Grundschule, im Bereich Grünwaldstraße, nordöstlich des Thomashofes. Neue Gewerbeflächen könnten da erschlossen werden, wo es jetzt schon welche gibt – im Bereich Auf dem Esch. »Die grüne Mitte bleibt erhalten«, betonte Gregor Moss. Der Bereich werde etwas schrumpfen, solle als Erholungsfläche genutzt, die Wegeverbindungen darin verbessert werden.

Besondere Brisanz hatte das Konzept zur Ortsteilentwicklung,



Die schwarze Linie umreißt, welchen Bereich das Ortsteilkonzept umfasst. Grau hinterlegt ist, wo Wohn- und Gewerbegebiete neu oder

weiterentwickelt werden könnten. Rot markiert ist die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4. Quelle: Stadt Bielefeld/Grafik: Nolte

das von der Bezirksvertretung bereits 2015 in Auftrag gegeben worden war, erhalten, als kurz danach auf Initiative von Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) das Strategiekonzept zur Wissensstadt Bielefeld entwickelt wurde. Auch darin spielen die Erweiterung des Campus, neue Wohn- und Gewerbenutzungen eine entscheidende Rolle, waren in Planspielen große Flächen zwischen Uni und Großdornberg dafür reklamiert worden.

Das wiederum stieß beim Umweltverband »Pro Grün« und der Bürgerinitiative »Bielefeld natürlich« auf harsche Kritik. Es werde in Hinterzimmern entschieden,

wie es mit der Stadtentwicklung im Bielefelder Westen weitergehe. »Da war eine Sollbruchstelle programmiert«, bewertete Moss gestern diesen »Parallelprozess« und die daraus entstandene öffentliche Kritik. »Mir ist klar, dass keiner Siedlungsentwicklung vor der eigenen Tür will.« Als richtig bezeichnete Moss auch die Entscheidung zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 über den Campus Nord bis zur Dürerstraße. Sie sei zwingend für die Campusentwicklung. Schon in den kommenden drei Jahren werde es weitere Neubauten nördlich der neuen FH geben. »Anfragen für 20 000 Hektar liegen bereits vor.«

Das sagen die Bezirksvertreter

Die Mitglieder der Bezirksvertretung (BZV) Dornberg zeigten sich gestern erleichtert darüber, dass nun ein Konzept für die Ortsteilentwicklung vorliegt, das öffentlich diskutiert werden kann. »In den vergangenen Wochen waren wir Getriebene, da wir erst an die Öffentlichkeit gehen wollten, wenn ein Gesamtkonzept vorliegt«, sagte Ulrich Paus (CDU). Paul John (Grüne) erklärte, dass er sich eine Veröffentlichung schon vor einem halben Jahr gewünscht hätte. Woraufhin Sybille Hülsmann-

Pröbsting (CDU) betonte, dass es Konsens in der BZV gewesen sei, dass dies zu früh gewesen wäre. Gerd Gieselmann (SPD) erklärte, dass die Ideen der Arbeitsgruppe der BZV in dem nun vorliegenden Papier »hervorragend festgehalten« worden seien. Hermann Benbrinker (CDU) sagte, dass die Bezirksvertreter »stolz sein können auf die geleistete Arbeit«. Wilhelm Kleinesdar (CDU) wünschte sich, »dass es von Seiten der Bürger nun ein Gesprächsniveau gebe, das man ertragen kann.«

Streik bei Coca-Cola

Bielefeld (WB/sb). Am Standort von Coca-Cola an der Friedrich-Hagemann-Straße haben gestern 40 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Sie beteiligten sich an einem Warnstreik, zu dem die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) aufgerufen hatte. Der Streik erstreckte sich bis in die späten Abendstunden. Die Teilnehmer fuhren zu einer Kundgebung nach Gladbeck. Insgesamt sind am Bielefelder Standort 105 Mitarbeiter beschäftigt.

Die NGG fordert eine Erhöhung aller Entgelte um 160 Euro sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro pro Monat. »Die Arbeitgeberseite hat ein Angebot vorgelegt, das so nicht verhandlungsfähig ist«, sagte eine NGG-Sprecherin. Vorgeschlagen wurde demnach eine Entgelterhöhung um 1,3 Prozent. Eine Coca-Cola-Sprecherin sagte, in den Verhandlungen sei eine Entgelterhöhung von 2,5 Prozent angeboten worden. Dieses setzte sich zusammen aus einer Entgeltsteigerung von 1,3 Prozent sowie einer Erhöhung des Urlaubsgelds und einer Steigerung des Arbeitnehmerzuschusses zur Altersvorsorge.

Drei Behörden ermitteln

Bielefeld (hz). Nach der Brandstiftung mit mutmaßlichem Versicherungsbetrug in einer Autowerkstatt an der Stadtheider Straße ermittelt nicht nur die Kripo, sondern auch der Zoll und das städtische Bauamt. Zollfahnder waren am Mittwoch dabei, als Polizisten Haftbefehle gegen den Werkstattbetreiber (56) und zwei seiner Mitarbeiter vollstreckten. »Es ging um Schwarzarbeit, Mindestlohnkontrolle und Arbeitsstundenaufzeichnungen«, sagte Zollsprecherin Kirsten Schüler. »Wir haben zunächst Ordnungswidrigkeiten festgestellt und erste Vernehmungen durchgeführt.« Die Ermittlungen dauerten an.

Dieter Ellermann, Leiter des städtischen Bauamtes, bestätigte den Bericht im WESTFALEN-BLATT, dass im zweistöckigen Werkstattgebäude illegal Wohnraum an Asylbewerber vermietet worden sei. »Wir haben die Wohnnutzung untersagt und prüfen ein Ordnungswidrigkeiten-Verfahren«, erklärte Ellermann. Büros und Teile der Werkstatt seien ohne Genehmigung in Wohnverhältnisse umfunktioniert worden.



Die Kastanie ist weg

Gut 100 Jahre stand die Rosskastanie auf dem heutigen Susterplatz in der Altstadt, sorgte im Sommer für Schatten, gestern wurde sie innerhalb kürzester Zeit gefällt. Mehrere Gutachten hatten bescheinigt, dass der Stamm innen verfault war, die Standsicherheit nicht mehr gegeben war. Empfohlen wurde, den Baum kurzfristig zu fällen. Bis zum Herbst bleibt der Susterplatz jetzt kahl: Erst dann kann der städtische Umweltbetrieb einen Ersatzbaum pflanzen.

Fotos: Hans-Werner Büscher

Toter in der Tonne: Anklage erhoben

Verstorbenes Drogenopfer durch Bielefeld geschoben – 46-Jähriger soll vor Gericht

Von Jens Heinze

Bielefeld (WB). Nach dem Fund eines Drogentoten in einem Altpapiercontainer am Real-Supermarkt an der Teutoburger Straße hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen einen 46-Jährigen erhoben. Dem Georgier wirft die ermittelnde Staatsanwältin Stefanie Lange Störung der Totenruhe vor. Der Mann soll mit einem Komplizen den an einer Überdosis Rauschgift Verstorbenen in die Tonne gelegt und beseitigt haben. Das Motiv des Duos: Sie wollten die Leiche loswerden, um ihren eigenen Drogenkonsum vor der Kripo zu verbergen.

Der Fund des toten 32-jährigen Litauers in einem 1100-Liter-Altpapiercontainer am 23. Mai vergangenen Jahres an der Laderampe des Real-Supermarktes sorgte in der Stadt monatelang für Schlagzeilen. Wegen der langwierigen, aufwändigen Untersuchungen der Rechtsmedizin stand erst nach Monaten fest, woran der in Bielefeld lebende Litauer genau gestorben war. »Es war eine Überdosis aus Methadon, Heroin, Kokain und Alkohol«, fasste Staatsanwältin Lange das Untersuchungsergebnis zusammen.

Unklar blieb lange Zeit, wer den Drogentoten in den Altpapiercon-

tainer verfrachtet, mit Textilien zugedeckt und zum Supermarkt an die Teutoburger Straße geschoben hatte, bis ein Flaschensammler die Leiche des Litauers fand. Diese Frage ist nun geklärt. Es waren der angeklagte Georgier und ein Komplize aus dem Rauschgift- und Alkoholikermilieu von der sogenannten Tüte am Hauptbahnhof. »Die beiden Tatverdächtigen sind anhand von DNA-Spuren am Container und an den Textilien identifiziert worden«, sagte die ermittelnde Staatsanwältin.

Nach dem Mittäter des angeklagten 46-Jährigen fahndet aktuell die Polizei. »Der Verdächtige hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Tatvorwürfe abgesetzt und soll sich jetzt angeblich in Österreich aufhalten«, sagte Staatsanwältin Lange.

Geklärt ist inzwischen auch, wo das Drogenopfer sich in den letzten Tagen vor seinem Tod aufhielt. Es war eine Wohnung im Haus Ravensberger Straße 130. Während der Mieter im Gefängnis saß, nutzten der Georgier, sein späterer Komplize und der später verstorbene Litauer die Wohnung.

Nach dem Drogentod des 32-Jährigen am 21. Mai zerrten der Georgier und sein Mittäter in der Nacht zum 22. Mai 2016 vom Haus Oststraße 2-4 den Altpapiercon-

tainer ein paar hundert Meter weit zur Ravensberger Straße 130. »Dabei sind sie von einer Anwohnerin gesehen worden«, sagte Staatsanwältin Lange. Das Duo leistete Schwerarbeit – die Bremsen an den Rollen des Behälters ließen sich nicht lösen.

An der Ravensberger Straße angekommen, wuchteten die Männer ihren toten Drogenkumpanen in den Container. Die Leiche wurde mit Badehandtuch, Fleecedecke und Bettwäsche bedeckt. Anschließend zerrten die Leichenbesitzer ebenfalls in der Nacht zum 22. Mai den großen Behälter

erneut einige hundert Meter weit bis zum Real-Supermarkt an der Teutoburger Straße. Das wertete Staatsanwältin Lange als Störung der Totenruhe und hat Anklage zum Amtsgericht erhoben. Ihren Angaben zufolge äußert sich der Angeklagte nicht zum Tatvorwurf. Wann der Prozess vor dem Amtsgericht stattfindet, das steht noch nicht fest. Sicher ist, dass der Georgier vor der Justiz erscheint. Der 46-Jährige sitzt zur Zeit in Untersuchungshaft und wartet darauf, dass ein Urteil von 18 Monaten Strafhaft wegen Einbruchsdiebstahls rechtskräftig wird.



Einsatz der Spurensicherung: In diesem Altpapiercontainer entdeckte ein Flaschensammler die Leiche des Litauers. Foto: dpa